

## Stadterhebungen in Kärnten im 20. Jahrhundert

Alfred OGRIS

In Kärnten gibt es derzeit 17 Städte bzw. Stadtgemeinden, von denen sich elf schon im Mittelalter vom Markt zur Stadt entwickelt haben. Stadterhebungen im strengen Sinn des Wortes hat es hier bis zum 20. Jahrhundert keine gegeben. Dies änderte sich jedoch im vorigen Jahrhundert auf der Grundlage eines Landesgesetzes vom 21. Dezember 1926 grundsätzlich,<sup>1</sup> indem am 11. Oktober 1930 in einer Landtagssitzung anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Kärntner Volksabstimmung vier Marktgemeinden, nämlich Feldkirchen, Ferlach, Hermagor und Spittal an der Drau, sowie die Ortsgemeinde St. Ruprecht bei Klagenfurt mit Wirksamkeit vom 10. Oktober zu Städten erhoben wurden. Rechnet man den schon 1909 zur Stadt erhobenen Markt Tarvis (slowenisch Trbiž) im Kanaltal, der bis 1919 zu Kärnten gehörte und seither als Tarvisio in Italien liegt, dazu, so ergibt sich unter Einrechnung der beiden Städte Althofen (seit 1993) und Radenthein (seit 1995) die Gesamtzahl von acht Stadterhebungen im 20. Jahrhundert. Relativiert wird diese Ziffer jedoch durch die Tatsache, dass Sankt Ruprecht bald nach der Stadterhebung nach Klagenfurt eingemeindet worden ist (1938),<sup>2</sup> so dass sich die heutige Gesamtzahl der Kärntner Städte unter den angegebenen Umständen mit 17 festlegen lässt. (Historisch betrachtet hat es jedoch in Kärnten zu verschiedenen Zeiten insgesamt 19 Städte gegeben.)

Die mittelalterliche Städtelandschaft des Landes ist nicht einheitlich, sondern in vier Gruppen gegliedert: in die landesfürstlichen Städte (St. Veit, Völkermarkt, Klagenfurt und Bleiburg), die salzburgischen (Friesach, Gmünd und St. Andrä), die bambergischen (Villach, Wolfsberg und St. Leonhard [heute Bad St. Leonhard]) und in die Stadt Straßburg, die dem Bischof von Gurk gehörte.<sup>3</sup> Somit befanden sich nur vier der mittelalterlichen Städte in weltlich-landesfürstlichem, jedoch sieben in geistlichem Besitz.

Von den acht Stadterhebungen des 20. Jahrhunderts erfolgten sieben unter Bezugnahme auch auf historische Jubiläen, eine (Radenthein) geschah als Folge der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung. War es bei Tarvis der Hinweis auf die Franzosenzeit (Koalitionskrieg gegen Napoleon), in der sich der Ort 100 Jahre zuvor, 1809, in patriotischer Weise bewährt hatte, so erfolgten die Stadterhebungen des Jahres 1930 mit Bezug auf die Kärntner Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920. Interessant dabei ist, dass es sich um drei Bezirkshauptstädte handelte (Feldkirchen als Expositur von Klagenfurt, Hermagor und Spittal an der Drau) und dass in Ferlach, welches als südlichste Stadt Österreichs und Kärntens wohl am meisten direkt unter der jugoslawischen Besetzung durch den SHS-Staat (Staat der Serben, Kroaten und Slowenen) zu leiden hatte, von den Besatzern eine SHS-Bezirkshauptmannschaft eingerichtet wurde. Man könnte dies durchaus als Sympathiewerbung bzw. als „Wahlzuckerl“ für die später erfolgte Volksabstimmung werten. Schließlich berief man sich in Althofen darauf, dass der Ort vor 725 Jahren zum ersten Mal als Markt urkundlich erwähnt worden ist.

Um einen statistischen Überblick über die neuen Städte zu gewinnen, sei in einer Tabelle auf die Bevölkerungs- und Häuserzahl der Markt- bzw. Ortsgemeinden zum Zeitpunkt der Stadterhebung jeweils zeitnächsten Volkszählung hingewiesen. Dabei werden geringfügige

Unschärfen in Kauf genommen, die sich unter Umständen aus der Tatsache ergeben könnten, dass nach der Stadterhebung da und dort ein verstärkter Zuzug in die Stadt erfolgt ist<sup>4</sup>.

Orte:	Volkszählung:	Bevölkerung:	Häuser:
Althofen	1991	4.615	597
Feldkirchen	1934	2.451	257
Ferlach	1934	4.786	741
Hermagor	1934	1.034	153
Radenthein	1991	6.853	1.585
St. Ruprecht bei Klagenfurt	1934	5.678	397
Spittal an der Drau	1934	4.899	441
Tarvis	1910	3.914	504

Interpretiert man nun diese Übersicht unter dem Gesichtspunkt des hier behandelten Themas, so ergibt sich, dass um 1930 St. Ruprecht die bevölkerungsreichste neue Stadt war, jedoch die Industriestadt Ferlach die dichteste Bebauung aufwies, was zweifellos mit den dort ansässigen Betrieben (Büchsenmachergewerbe) und dem baulichen Erscheinungsbild der Stadt zu tun hatte. Unter den neuen Städten war Hermagor die kleinste, jedoch im Gailtal die einzige Stadt, ebenso wurde mit Ferlach der Hauptort des Rosentales zur Stadt erhoben. Die statistischen Angaben bei Althofen und Radenthein spiegeln natürlich die Aufwärtsentwicklung bis zum Ende des 20. Jahrhunderts wider.

Im Folgenden soll nun einzeln in alphabetischer Reihenfolge und in Kurzform auf die Umstände der jeweiligen Stadterhebung eingegangen werden, wobei sich unter den Motiven und Begründungen einige Gemeinsamkeiten ebenso finden lassen wie auch unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Nutzens einer solchen Aktion, die ja mit einer Antragstellung ihren Anfang nahm.

### 1. Althofen

Mit Althofen (1993) und Radenthein (1995)<sup>5</sup> wurden zu Ende des 20. Jahrhunderts die bislang letzten Marktgemeinden zu Stadtgemeinden erhoben. In Althofen reichten die Bemühungen um eine Stadterhebung schon ins Jahr 1992 zurück,<sup>6</sup> war doch der Ort schon 1268, also 725 Jahre davor, als Markt (*forum*) urkundlich genannt worden. Dieses Jubiläum sollte nun für eine Stadterhebung genutzt werden, ein Ansinnen, das vom Kärntner Landesarchiv als für die historischen Belange zuständig wärmstens befürwortet wurde.

Am 4. Dezember 1992 stellte Bürgermeister Manfred Mitterdorfer unter Hinweis auf § 4 der Allgemeinen Gemeindeordnung 1982 in der geltenden Fassung namens der Marktgemeinde Althofen bei der Kärntner Landesregierung den Antrag auf Stadterhebung. Er stützte sich dabei auf die am 2. Dezember 1992 erfolgte diesbezügliche Gemeinderatssitzung, die durch eine lebhafte Diskussion gekennzeichnet war. In der Sitzung verweigerte die SPÖ-Fraktion, die schon bei der vorherigen Sitzung wegen demselben Tagesordnungspunkt aus dem Gemeinderat ausgezogen war, ihre Zustimmung zu dem Antrag und schlug vor, an das Landesarchiv mit der Bitte um ein Gutachten heranzutreten. Dieses Gutachten sollte zur Information der Bevölkerung herangezogen werden, worauf dann eine Volksbefragung zu erfolgen hätte. Auch sei der Name der Stadt noch nicht hinreichend geklärt. Der Hintergrund dieses Einwandes bestand in der für Althofen bestehenden Sondersituation, dass sich im Lau-

fe der Zeit die Bezeichnung Treibach-Althofen eingebürgert hatte, eine Bezeichnung, die 1871 in der Vereinigung von Althofen und Treibach zu einer Marktgemeinde ihre Stütze fand und den wirtschaftlichen Interessen des Ortes dienlich war (Treibacher Chemische Werke, gegründet von Auer von Welsbach) und diesen in aller Welt bekannt gemacht hatte. Auch die Macht des Faktischen darf man in diesem Zusammenhang nicht unterschätzen, lauteten doch alle Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel, bis hin zu den ÖBB, auf Treibach-Althofen und nicht umgekehrt. Nach heftigen Diskussionen, in denen auch die Parteipolitik nicht zu kurz kam, wurde der Antrag auf Erhebung zur Stadtgemeinde zur Abstimmung gebracht und mit dem denkbar knappsten Ergebnis von 12 zu 11 Stimmen angenommen. Für die Stadterhebung stimmten die „Liste für Alle“ und die FPÖ, dagegen die SPÖ.

In dem Gemeindegutachten wurde festgehalten, dass Althofen der geographische Mittelpunkt des Bezirkes St. Veit sei und seit 1945 auf den verschiedensten Gebieten einen Aufschwung erlebt habe. Die Gemeinde sei gleichermaßen eine „wohlgeordnete Industrie-, Kur-, Einkaufs-, Schul- und Gartengemeinde“. Vor allem wurde auf den weltbekannten Industriebetrieb der Treibacher Chemischen Werke und auf das Sanatorium hingewiesen. Finanziell sei die Gemeinde mit einem Steueraufkommen von 11.000 Schilling pro Kopf gesund; sie weise strukturell alle Merkmale auf, die eine Erhebung zur Stadtgemeinde rechtfertigen würden.

In seinem Gutachten wies das Kärntner Landesarchiv darauf hin, dass die historischen Wurzeln Althofens schon in die Mitte des 10. Jahrhunderts zurückreichten.<sup>7</sup> Der Name Althofen ist bereits um die Mitte des 11. Jahrhunderts fassbar. Unter der Burg entwickelte sich eine Bürgersiedlung, die sich auf Grund ihrer günstigen Verkehrslage als Bindeglied zwischen dem Montanrevier Hüttenberg und der salzburgischen Herrschaftszentrale Friesach samt Vizedomamt gut entwickelte. 1278 erhielt der Salzburger Erzbischof von König Rudolf von Habsburg die Erlaubnis zur Befestigung des Marktes Althofen. Dessen Wirtschaftskraft gründete seit dem Mittelalter darin, dass die Marktbürger im Eisenhandel tätig waren, wovon auch das Althofner Wappen aus dem Jahr 1479 beredtes Zeugnis ablegt. Es ist das älteste Gemeindegewapp Kärntens, das in Wort und Bild überliefert ist. Verliehen wurde es am 11. Dezember 1479. Es dient heute auch als Wappen der Stadtgemeinde Althofen; die Berechtigung zur Führung einer Fahne wurde am 10. Juni 1968 erteilt.<sup>8</sup>

Mit der Aufwertung der landesfürstlichen Hauptstadt St. Veit als seit 1399 ebenfalls verstärkt im Eisenhandel tätiger Stadt büßte Althofen seine bis dahin unangefochtene Monopolstellung ein. Trotzdem entwickelte sich schon seit dem 16. Jahrhundert vor allem die Eisenindustrie. Die Zentralität des Marktes äußert sich auch im Einpendeln zahlreicher Arbeitskräfte aus der Umgebung, ist doch Althofen nicht nur Gewerbe- und Handelsort, sondern auch Schulort und beherbergt neben St. Veit mehrere Außenstellen von Ämtern und Behörden.

Althofen wurde vom Kärntner Landtag am 24. Juni 1993 mit Rechtswirksamkeit vom 1. September 1993 zur Stadtgemeinde erhoben,<sup>9</sup> die dazu gehörige Feier fand jedoch erst am 9. Oktober 1993 statt.

## 2. Feldkirchen (heute Feldkirchen in Kärnten)

Es ist interessant zu beobachten, wie unterschiedlich der sozialdemokratische Abgeordnete Georg Lora im Kärntner Landtag die 1930 vorgenommenen fünf Stadterhebungen begründete. So fällt z. B. bei Feldkirchen auf, dass die Ereignisse der Jahre 1918 bis 1920 mit keinem Wort erwähnt wurden, er sehr wohl aber auf die historische und gegenwärtige Bedeutung Feldkirchens hinwies.<sup>10</sup> Dem damaligen Wissensstand entsprechend ging er von dem problematischen Diplom Kaiser Arnulfs von Kärnten aus<sup>11</sup> und skizzierte kurz die Stellung Feld-

kirchens als bambergischer Markt seit dem 12. Jahrhundert. Als Feldkirchen 1759, wie auch die anderen bambergischen Besitzungen in Kärnten, unter Maria Theresia käuflich erworben wurde, begann für den Markt die habsburgisch-österreichische Epoche. Schließlich betonte Lora den „städtischen Charakter mit lebhaftem Verkehr“, die Rolle der nunmehrigen Stadt als Zentrum des Holzhandels und erwähnte noch den „Sitz zahlreicher Behörden“. Die politischen Verhältnisse in der Gemeindestube waren auf der Grundlage der Gemeindegewahlen von 1928 folgende: Sozialdemokraten 10 Mandate, Wirtschaftspartei 10 Mandate, NSDAP 2 Mandate.<sup>12</sup>

Trotz der völligen Außerachtlassung des eigentlichen Anlasses finden sich Spuren, die die Rolle Feldkirchens in den Jahren 1918 bis 1920 beleuchten.<sup>13</sup> In einer Festschrift aus Anlass des 50-Jahr-Jubiläums der Stadterhebung wurde die Beteiligung von Feldkirchenern am Kärntner Abwehrkampf erwähnt und auf die italienischen Truppen hingewiesen, die im Raum Feldkirchen die Bahnlinie Villach–St. Veit sicherten.<sup>14</sup> Außerdem waren die südslawischen Truppen bis an die südliche Feldkirchner Gemeindegrenze bei Radweg und Klein St. Veit gelangt. Wegen der gefährlichen Lage fand die Bezirksbehörde aus Klagenfurt vorübergehend in Feldkirchen Zuflucht.<sup>15</sup> Im Vergleich mit den anderen Stadterhebungen von 1930 ist aber unbestritten, dass Feldkirchen ähnlich wie Spittal an der Drau schon auf Grund seiner geographischen Lage unter den fünf Städten am wenigsten von den Ereignissen der Jahre 1918 bis 1920 direkt betroffen war.

Obwohl die Originalakten zur Stadterhebung, wie bei anderen Städten auch, offensichtlich verloren gegangen sind, war es doch möglich, den Vorgang mit Hilfe des Geschäftsprotokolls<sup>16</sup> zu rekonstruieren. Nachdem die Landesregierung am 22. Mai 1930 einen entsprechenden Erlass<sup>17</sup> übermittelt hatte, vollzog sich die Antragstellung um die Stadterhebung zwischen dem 13. Juni und dem 1. Oktober 1930. Die Expositur der Bezirkshauptmannschaft erteilte den Auftrag (!) zur eventuellen Antragstellung, worauf am 25. Juni bei der Landesregierung nachgefragt wurde, ob mit der Stadterhebung Kosten verbunden wären. Als die Landesregierung mit Schreiben vom 26. Juli mitteilte, dass keine Kosten zu erwarten wären, erfolgte am 6. August 1930 der einstimmige Beschluss, den Antrag auf Stadterhebung zu stellen. Dies wurde der Landesregierung am 14. oder 16. August mitgeteilt. Vorsichtshalber wurde am 12. September an Dr. Zechner in Klagenfurt die Anfrage gerichtet, „ob Aussicht zur Stadterhebung besteht“, ebenso am 26. September an die Landesregierung. Offensichtlich waren Zweifel aufgetaucht. Am 1. Oktober teilte die Landesregierung jedoch mit, dass die Stadterhebung beim Landesauschuss beantragt wurde. Damit war der Weg frei für die am 11. Oktober 1930 erfolgte Stadterhebung.

Ein glücklicher Zufall will es, dass der Text jenes Schreibens, das als Begründung für die Stadterhebung an die Landesregierung gerichtet wurde, zumindest in Abschrift erhalten geblieben ist. (Dies ist dem ehemaligen Amtsleiter Fritz Köstenbauer zu verdanken, der vor 1953 eine Ortschronik von Feldkirchen angelegt hat,<sup>18</sup> die von seinem Nachfolger David Schusser 1956 fortgesetzt wurde.) In dieser Begründung wurde u. a. auf die Rolle Feldkirchens als Verkehrsmittelpunkt, als Industrie-, Gewerbe- und Handelszentrum (Holzhandel) hingewiesen, auf die Ämter (z. B. Bezirksgericht), Schulen und Behörden, aber auch auf das städtische Erscheinungsbild in baulicher Hinsicht. Es gebe in Feldkirchen ca. 2.400 Einwohner, vier Ärzte, zwei Zahnärzte und drei Tierärzte; das kulturelle Leben sei vielfältig (Theatervereine, Bibliotheken usw.) – die Bevölkerung wünsche sich die Stadterhebung, so dass die Gemeindevertretung die Landesregierung um die Durchführung ersuche.

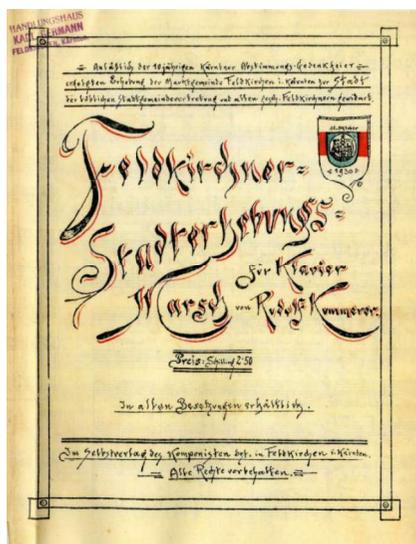


Abb. 1: Titelblatt des „Feldkirchner Stadterhebungsmarsches“, 1930 (Museumsarchiv Feldkirchen).

Nach erfolgter Stadterhebung hielt der Gemeinderat am 15. November 1930 unter Bürgermeister Robert Koch im Gemeindegemeinschaftssaal eine Festsetzung ab<sup>19</sup>. Mitwirkende waren der Orchesterverein, der Arbeitermusikverein „Harmonie“, der Männergesangsverein und der Arbeitergesangsverein. Das Rathaus war festlich beleuchtet, zum Festabend erschien auch Landeshauptmann Dr. Lemisch, der in seiner Rede auf die Rolle Feldkirchens 1918–1920 und auf die „Befreiungskriege“<sup>20</sup> hinwies. Der Festabend wurde im Großgasthof Feldkirchnerhof (heute Antonius-Kindergarten) gestaltet, wobei als Ausdruck der sozialen Gesinnung der Reinerlös den Stadtarmen zugute kam. Aus Freude über die Stadterhebung komponierte der aus dem Sudetenland stammende Kapellmeister Rudolf Kummerer den „Feldkirchner Stadterhebungs-Marsch“ (Abb. 1).

Schließlich wurde Feldkirchen, das schon seit 1459 ein Siegel führte und 1551 „oppidum“ genannt wurde, im Jahr 1969 eine Wappenbescheinigungs- und eine Fahnenverleihungsurkunde ausgestellt, die im Jahr 1973 auf Grund der Namensänderung und der Gemeindegemeinschaftszusammenlegung neu verliehen wurden.<sup>21</sup>

### 3. Ferlach

Der schon 1246 als „villa Voerelach“ überlieferte Ort<sup>22</sup> stand während der Jahre 1918–1920 sozusagen an vorderster Front und war von den fünf neuen Städten am unmittelbarsten dem Vordringen der SHS-Truppen ausgesetzt. Als einziger lag er auch in der Abstimmungszone A (I), die seit dem Sommer 1919 unter jugoslawischer Verwaltung stand. Ferlach war sich dieser Tatsache immer bewusst, wie auch die Feiern im Jahr 1980 zum 50-Jahr-Jubiläum der Stadterhebung zeigten.<sup>23</sup> Überregionale Bedeutung erhielt der Ort seit der Mitte des 16. Jahrhunderts durch das hier florierende Büchsenmachergewerbe und die Eisenindustrie, wie sie im 20. Jahrhundert durch die KESTAG repräsentiert wurde, in der zeitweise bis zu 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren.<sup>24</sup> Durch die Eisenindustrie und die Industrialisierung wuchs der Ort schon sehr früh weit über die Rolle eines Dorfes hinaus, was jedoch erst 1910 in der Erhebung von Oberferlach zum Markt (samt Umbenennung zu Ferlach) seinen Ausdruck fand. Zwanzig Jahre später erfolgte die Stadterhebung.

Der Abgeordnete Lora hob in seiner Begründung im Kärntner Landtag die Rolle Ferlachs „während der Besetzungs- und Abstimmungszeit“ lobend hervor, indem er betonte, dass der Hauptort des Rosentales durch seine Haltung nicht nur selbst viel zum Sieg am 10. Oktober 1920 beigetragen habe, sondern auch das Verhalten des gesamten unteren Rosentales inten-

sivst beeinflusst habe. Die Stadterhebung sei eine „wohlverdiente Ehrung“ dafür, dass Ferlach für die eingeschüchterte Bevölkerung eine „Stütze in der entschlossenen österreichischen, republikanischen Haltung“<sup>25</sup> gewesen sei.

Allerdings gab es in der Marktgemeinde, wie die Verhandlungsschrift vom 19. August 1930 zeigt, keinen einstimmigen Beschluss, die Stadterhebung zu beantragen. Als Bürgermeister Andreas Ebner unter Punkt VI, Allfälliges, mitteilte, dass die Kärntner Landesregierung die Stadterhebung als „eine Ehrung des Ortes“ ansehe, aus der der Bevölkerung kein finanzieller Nachteil erwachse und die Debatte eröffnete, sprachen sich zwei Gemeindevertreter (Primus Stöckl und Johann Sigott) gegen den Antrag des Gemeinderates aus, weil sie trotz obiger Zusicherung finanzielle Nachteile vor allem für die Landbevölkerung befürchteten. Bürgermeister Ebner widerlegte jedoch die Bedenken mit dem Hinweis, dass seitens der Landesregierung aus Anlass des zehnjährigen Volksabstimmungsjubiläums der Gemeinde eine größere finanzielle Unterstützung zukommen werde. Es wurde sodann der Antrag formuliert und zur Abstimmung gebracht; er lautete: „Die Landesregierung für Kärnten wird ersucht, die jetzige Marktgemeinde Ferlach zur Stadt zu erheben.“<sup>26</sup> Der Antrag wurde „mit 14 Stimmen Mehrheit zum Beschlusse erhoben“, wobei lediglich die Sozialdemokraten dafür stimmten. In einem Nachtrag zur Verhandlungsschrift vom 2. September 1930, der erst nach dem 10. Oktober 1930 und, wie ein Schriftvergleich zeigt, beträchtlich später verfasst wurde, beantragte Bürgermeister Ebner die Anschaffung einer neuen Stampfmaschine mit einem Wappen; dem wurde zugestimmt;<sup>27</sup> von größeren Feierlichkeiten wie in anderen Städten ist in Ferlach nichts überliefert. Ein eigenes Stadtwappen<sup>28</sup> mit der Berechtigung zur Verwendung einer Stadtfahne erhielt Ferlach erst am 27. August 1960, die Neuverleihung erfolgte am 20. Juni 1973.

### 4. Hermagor

Da zeitgleich eine eigene Studie über die Stadterhebung von Hermagor verfasst wurde, sei hier nur das Wesentlichste dazu kurz zusammengefasst.<sup>29</sup> Wie schon bei Feldkirchen, aber auch bei Spittal an der Drau, nahm der Berichterstatter im Kärntner Landtag mit keinem Wort Bezug auf den eigentlichen Anlass der Stadterhebung, nämlich die Rolle Hermagors in den Jahren 1918–1920. In äußerst knappen Worten ging er jedoch auf die Geschichte, die gegenwärtige, aber auch zukünftige Entwicklung der jungen Stadt ein. Das mag daran liegen, dass alle drei genannten Städte ziemlich weit weg „vom Schuss“ lagen. Und dennoch lassen sich bei allen dreien Bezüge zu den Ereignissen der Jahre 1918–1920 herstellen. Im unteren Gailtal formierte sich ja der erste bewaffnete Widerstand gegen die SHS-Invasion, so dass zu Recht gesagt werden kann, dass von hier aus der Funke zum eigentlichen Abwehrkampf von den Karawanken bis zum Lavanttal übersprang. In Hermagor trat man schon am 23. Dezember 1918 in der dortigen Bezirkshauptmannschaft unter deren Leiter Dr. Josef Klose zu einer Besprechung zusammen, in der beschlossen wurde, „die Jugoslawen mit Waffengewalt aus dem Tal zu vertreiben“. Es wäre interessant zu wissen, mit welchen Argumenten der Markt Hermagor seinen Stadterhebungsantrag begründet hat, doch scheint das diesbezügliche Schreiben leider verloren gegangen zu sein oder es ist einer unsachgemäßen Skartierung zum Opfer gefallen. Dass es aber ein solches gegeben hat, ergibt sich aus der Verhandlungsschrift der Stadtgemeindevertretung vom 28. Oktober 1930, in der auf den Beschluss in der Festsetzung vom 24. Juni 1930 Bezug genommen wurde, die Stadterhebung zu beantragen. Darin ist auch von einem „Stadterhebungsprotokoll“ die Rede, das im Wege der Bezirkshauptmannschaft der Landesregierung vorgelegt wurde und in welchem seitens der Gemeindevertretung des Marktes die Gründe angeführt waren, warum Hermagor zur Stadt erhoben werden sollte.

Obwohl die Stadterhebung schon am 11. Oktober 1930 erfolgt war, wurde erst am 18./19. Juli 1931 gefeiert, dafür aber umso ausgiebiger. Ein Stadtwappen erhielt Hermagor gleichzeitig mit der Fahne am 14. Juni 1974 verliehen,<sup>30</sup> und zwar entsprechend einer Blasonierung aus dem Jahr 1619 (Erstverleihung der Fahne am 15. September 1965).

## 5. Radenthein

Schon im Jahr 1930 war Radenthein vom Kärntner Landtag zur Marktgemeinde erhoben worden. Damals bezeichnete der christlichsoziale Berichterstatter Ing. Ehrlich Radenthein als einen der „bedeutendsten ländlichen Industrieorte Oberkärntens mit großer Einwohnerzahl, Sitz einer Hauptschule“.<sup>31</sup> Es sollten über 60 Jahre vergehen, bis die Entwicklung Radentheins in der Rangordnung der Kärntner Gemeinden einen weiteren Schritt nach vorne, nämlich hin zur Stadtgemeinde, machte.<sup>32</sup>

Bereits am 13. Oktober 1994 hatte der Gemeinderat der Marktgemeinde Radenthein den einstimmigen Beschluss gefasst, um die Verleihung der Bezeichnung „Stadtgemeinde“ anzusuchen. Als Rechtfertigung für die Begründung dieses Ansuchens legte die Marktgemeinde ein umfangreiches örtliches Entwicklungskonzept vor; zusätzlich erbat der Verfassungsdienst beim Amt der Kärntner Landesregierung vom Landesarchiv ein Gutachten.<sup>33</sup> Darin wurde die Erhebung der Marktgemeinde Radenthein zur Stadtgemeinde mit dem Hinweis befürwortet, dass sich der Industrieort, ähnlich wie Ferlach, längst über den Status eines Marktes hinaus entwickelt und durch das dortige Magnesitwerk überregionale, ja internationale Bedeutung erlangt habe.

Seit 1904 waren durch die Forschungen des Bergbeamten Dr. Richard Canaval Magnesitvorkommen in Kärnten bekannt geworden (in Tragail bei Paternion und in St. Oswald bei Bad Kleinkirchheim). Nachdem schon 1907 der Abbau begonnen hatte, wurde das Jahr 1908 über Vermittlung eines kanadischen Sachverständigen zum Geburtsjahr der österreichisch-amerikanischen Magnesit-AG Radenthein. Der Abbau erfolgte auf der Millstätter Alpe in ca. 1.700 m Seehöhe. Als Folge davon entstand in Niederdellach, das heute den Kernpunkt der Citybildung in Radenthein darstellt, eine Industriesiedlung, deren Kern das Magnesitwerk bildete. In Radenthein wurden zwei Produkte von Weltruf hergestellt: der Radex-Stein in der 1919 erbauten Steinfabrik sowie die Heraklith-Leichtbauplatte. Ein weiterer Höhepunkt wurde 1973 durch den Bau eines Tunnelofens erreicht, so dass in dem Werk im Jahr 1989 ca. 1.550 Beschäftigte ihr Brot verdienten. Die Bevölkerung wuchs seit 1900 kontinuierlich an, zeitweise sogar um rund 38 Prozent, die Siedlung erhielt zusehends eine städtische Struktur. Es entstand ein Schulviertel, das Kulturhaus wurde gebaut, ein Bergbaumuseum gibt Auskunft über Geschichte und Bedeutung des Bergbaues, die Gemeindebücherei und ein Kino trugen zur Weiterbildung bei. Auf dem Sportsektor erwarb sich Radenthein durch den Sportstättenbau einen guten Ruf, zu dem auch überregionale Erfolge beitrugen. (So spielte etwa die Werkself viele Jahre in der höchsten österreichischen Fußballliga eine gute Rolle und war eine gefürchtete Heimmannschaft.)

Aber nicht nur die Industrie festigte den Ruf Radentheins als aufstrebende Marktgemeinde, die, ähnlich wie 1930 Ferlach, schon längst den Rahmen eines Marktes gesprengt hatte. Auch im Fremdenverkehr zählte die Gemeinde zu den bedeutenden Faktoren im Lande, und zwar durch den bekannten Fremdenverkehrsort Döbriach am Millstätter See. Industrie und Fremdenverkehr sowie das örtliche Gewerbe sorgten dafür, dass Radenthein unter den 17 Kärntner Städten laut Volkszählung von 1991 an der zwölften Stelle aufscheint; rechnet man nur nach dem Hauptort der Stadtgemeinde, sogar an der elften Stelle.

Der Kärntner Landtag erhob die Marktgemeinde Radenthein am 14. Juli 1995 zur Stadtgemeinde, und zwar mit Rechtswirksamkeit<sup>34</sup> vom 1. November 1995. Ein Wappen erhielt sie am 7. März 1951 verliehen; es war das erste kommunale Wappen in Kärnten nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>35</sup>

## 6. St. Ruprecht bei Klagenfurt

Neben Ferlach hatte gewiss St. Ruprecht am meisten direkt unter der SHS-Besetzung zu leiden. Dies stellte auch Berichterstatter Lora einleitend fest, indem er sagte: „Es (= St. Ruprecht) bildet mit der Landeshauptstadt eine Schicksals- und Wirtschaftsgemeinschaft und hat mit dieser 1919 auch die Besetzung durch serbische Truppen geteilt.“<sup>36</sup> Im Übrigen ging er genau auf jene Punkte näher ein, die bei der Festsitzung des Gemeinderates eine Rolle spielten (Eingemeindung, Bevölkerungszahl, städtischer Charakter). Es wurde z. B. von den Befürwortern einer Eingemeindung nach Klagenfurt als unerträglich empfunden, dass sich der Hauptbahnhof von Klagenfurt gar nicht auf dessen Stadtgebiet befand, sondern auf jenem von St. Ruprecht. Dies hat u. a. noch heute zur Folge, dass der Geburtsort des bekannten Schriftstellers Robert Musil in den verschiedenen Nachschlagewerken fast immer falsch angegeben wird, denn genau genommen wurde Musil 1880 nicht in Klagenfurt, sondern in St. Ruprecht bei Klagenfurt geboren,<sup>37</sup> weil sich sein Geburtshaus nahe dem Hauptbahnhof noch auf St. Ruprechter Gebiet befand.

St. Ruprecht, das seit Sommer 1919 der Abstimmungszone B (II) zugehörte, war übrigens jene Stadt, die die Rangerhöhung am deutlichsten für Maßnahmen in sozialpolitischer und karitativer Hinsicht nutzte. Auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 25. Juni 1930, die unter Leitung von Bürgermeister Friedrich Schatzmayr stand, war unter Punkt 11 noch recht bescheiden der „Antrag der Gemeindevorsteherung auf Erhebung der Gemeinde zum Markt oder zur Stadt“<sup>38</sup> angeführt. Die Diskussion darüber verlief offenbar kontroversiell, denn es konnte keine Einstimmigkeit erzielt werden. Schließlich einigte man sich bei einer Gegenstimme auf den Antrag, auf „Grund der Einwohnerzahl und des städtischen Charakter(s) des Ortes“ (!), die Erhebung desselben „zur Stadt an maßgebender Stelle zu beantragen“.

Die Akten zur weiteren Veranlassung sind offenbar nicht erhalten geblieben, wohl aber gibt es ein sehr aufschlussreiches Protokoll der Festsitzung des Gemeinderates von St. Ruprecht am 15. Oktober anlässlich der Stadterhebung. Als Redner traten Bürgermeister Schatzmayr, Landesrat Dr. Zeinitzer, Bezirkshauptmann Guttenberg, Bürgermeister-Stellvertreter Ing. Pichler und die Gemeinderäte Tschentschonig sowie Sekerka auf, wobei unterschiedliche Akzente gesetzt wurden. Der Bürgermeister ging auf die geschichtlichen und geographischen Gegebenheiten ein und schnitt auch die naheliegende Frage einer Eingemeindung nach Klagenfurt an. Die hauptsächlich von Arbeitern besiedelte Stadt werde die neuen Herausforderungen, die die Stadterhebung mit sich bringe, trotz der Wirtschaftskrise meistern. Landesrat Dr. Zeinitzer bezeichnete St. Ruprecht als kleine Schwester von Klagenfurt und hob den schon bestehenden städtischen Charakter des Ortes hervor. Der Bezirkshauptmann wies auf die zahlreichen öffentlichen Einrichtungen in St. Ruprecht hin, während Ing. Pichler betonte, dass die Stadterhebung dieser viertgrößten Gemeinde Kärntens kein Hindernis für eine eventuelle Eingemeindung nach Klagenfurt sei; das Verhältnis beider zueinander bezeichnete er als das eines Onkels (Klagenfurt) zu seinem Neffen (St. Ruprecht). Gleichzeitig bedauerte der Redner, dass man die Gemeinde Villach nicht zur autonomen und Klagenfurt nicht zur Großgemeinde gemacht habe!

Für die Sozialdemokratie betonte Gemeinderat Tscheutschonig, dass die Stadterhebung eine kleine Überraschung sei, weil St. Ruprecht bis vor kurzem nicht den besten Ruf gehabt habe. Die Bevölkerung sei arm, aber fleißig, erst seit 1918 habe sich der Ort in demokratischer Gesinnung entwickelt, so dass der heutige Tag auch ein „Sieg der Arbeiterklasse“ sei. Auch der Gewerbestand könne sich wegen seines Wohnsitzes hier freuen. Auch Tscheutschonig sprach sich für eine Eingemeindung nach Klagenfurt in der Zukunft aus.

Als einziger Redner ging Gemeinderat Sekerka von der Vereinigten Wirtschaftspartei auf den eigentlichen Anlass der Stadterhebung ein und begrüßte letztere aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen. Den eigentlichen Anlass der Stadterhebung schildernd betonte der Redner, dass die St. Ruprechter ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit oder des Standesunterschiedes einmütig „zur Zeit des Überfalles der Jugoslawen“ ihre Pflicht erfüllt hätten. St. Ruprecht hatte die Aufgabe übernommen, die Linie längs der Sattnitz, Ebental und Waidmannsdorf (Schmelzhütte) zu besetzen. Im Zuge der jugoslawischen Besetzung mussten über Weisung des SHS-Gerenten die Waffen abgegeben werden, erst der Rückzug der Jugoslawen über die Demarkationslinie brachte ein gewisses Aufatmen. Sollte es in Zukunft zu einem Zusammenschluss mit der Schwesterstadt Klagenfurt kommen, so sei zu hoffen, dass St. Ruprecht dabei in entsprechender Weise seine Geltung als Stadt behalten könne.

Schließlich brachte Gemeinderat Tscheutschonig den Antrag ein, dass aus Anlass der Stadterhebung und der zehnjährigen Wiederkehr der Volksabstimmung alle pragmatisierten Beamten eine halbe Vorrückung unter Anrechnung in die Pension erhalten sollten, alle anderen Angestellten eine Gehaltserhöhung in gleichem Ausmaß (halbe Vorrückung), die provisorischen Wachebeamten sollten mit 1. Jänner 1931 eine definitive Stellung erhalten, die Arbeiter ab 1. November 1930 eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Groschen, und schließlich sollte den Stadtarmen eine einmalige Zuwendung in Höhe von 10 Schilling gegeben werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Musikkapelle der Tabakfabrikarbeiter verschönerte den Tag der Stadterhebung mit Marschmusik.<sup>39</sup>

St. Ruprecht erhielt am 5. Mai 1933 ein Stadtwappen verliehen, welches aber infolge der politischen Entwicklung (Eingemeindung nach Klagenfurt) schon am 15. Oktober 1938 erlosch<sup>40</sup>.

## 7. Spittal an der Drau

In Spittal waren die Bemühungen um eine Stadterhebung schon 1927 aktenkundig geworden, als Ing. Franz Ehrlich auf die neue Gesetzeslage mit der Möglichkeit einer Stadterhebung aufmerksam machte.<sup>41</sup> Schon damals wurde nach eventuellen Nachteilen und Kosten gefragt, doch konnten die Bedenken zerstört werden.

Nachdem mit führenden Landtagsabgeordneten vorher Kontakt aufgenommen worden war, kam es am 23. Mai 1930 zur entscheidenden Gemeinderatssitzung. Bürgermeister Julius Steinwender vlg. Granig, von Beruf Rauchfangkehrermeister, der nach der Stadterhebung zum ersten Bürgermeister der Stadt Spittal werden sollte, ließ unter dem Tagesordnungspunkt 2 die „Beschlussfassung über die Erhebung des Marktes Spittal zur Stadt“<sup>42</sup> behandeln. Nicht ohne Selbstbewusstsein meinte er, dass die Gemeinde Spittal „in erster Linie in Kärnten darauf Anspruch hätte, die Stadterhebung von der Landesregierung zu verlangen“ (!). Als Begründung wurden hauptsächlich vier Punkte angeführt, nämlich das Wachstum des Marktes seit Kriegsende und die steigende Einwohnerzahl, die Lage Spittals als Verkehrsmittelpunkt, die Geschichte des Ortes und seine Bedeutung für Oberkärnten und letztlich die Tatsache, dass Spittal im Jahr 1919<sup>43</sup> „während der jugoslawischen Invasion“ als Zufluchtsort für die aus



Abb. 2: Gedenktafel am Schloss Porcia, Spittal a. d. Drau (Foto: Alfred Ogris).

Klagenfurt geflüchtete Kärntner Landesregierung diente (Abb. 2).<sup>44</sup> Im Übrigen ist es interessant, aber nahe liegend, dass sich Spittal selbst bei verschiedenen Vergleichen eher an Lienz als an anderen Kärntner Städten orientierte. Die allgemeine Zustimmung unter dem Motto, Spittal dürfe die Gelegenheit zur Stadterhebung nicht versäumen, verstärkte der Abgeordnete Heinrich Fillafer, indem er namens des sozialdemokratischen Klubs erklärte, „dass die Sozialdemokraten freudig für diesen Antrag stimmen“; dieser wurde schließlich einstimmig angenommen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die Spittaler Sozialdemokraten bei den Gemeindewahlen 1928 in Kärnten zwar die stimmenstärkste Partei waren, den Bürgermeister stellte jedoch die Gemeindegewerkschaftspartei, und zwar mit Unterstützung der Christlichsozialen und der Nationalsozialisten<sup>45</sup>. Nicht untypisch für diese Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression war auch der folgende Anschluss-Passus im Protokoll: „Mit der vor 10 Jahren stattgefundenen Abstimmung hat eigentlich Kärnten auch gleichzeitig ihr (sic!) Bekenntnis für die Republik abgegeben und wäre nur zu begrüßen, dass es Österreich gelingen würde, sich an die grosse deutsche Republik anzuschließen.“<sup>46</sup>

Obwohl der Gemeinderat u. a. ausdrücklich auf das Jahr 1919 Bezug genommen hatte, ging der Abgeordnete Lora auch im Falle Spittals (wie bei Hermagor und Feldkirchen) mit keinem Wort auf diese sich aus dem Anlass zwangsläufig ergebende Tatsache ein. Sehr ausführlich gerieten dagegen seine Ausführungen im Kärntner Landtag über die Geschichte und die verkehrsgeographische Bedeutung von Spittal an der Drau,<sup>47</sup> wobei er sogar tief in die Antike ausgriff.

Als in der ersten Oktoberhälfte des Jahres 1930 in der Ratsstube die Nachricht von der Stadterhebung einlangte, war die Freude groß. Am 11. Oktober ertönten Punkt 12 Uhr Böllerschüsse und die Kirchenglocken läuteten eine Stunde lang;<sup>48</sup> das Rathaus war festlich geschmückt



Abb. 3: Das festlich geschmückte alte Rathaus in Spittal, 1930 (Stadtarchiv Spittal a. d. Drau).

(Abb. 3). Die Gemeinde trat zu einer Festsitzung zusammen, anschließend wurde zu einer Tafel samt Festessen im Gasthof „Alte Post“ geladen. Am Hauptplatz waren alle Häuser beflaggt, ein Fackelzug unterstrich die Feierlichkeit des Tages. Das Motto „Stadt Spittal 1930“ wurde durch ein entsprechendes Blumengebinde deutlich hervorgehoben.

Dem schon 1242 als Markt Spittal genannten Ort wurde von König Ferdinand I. im Jahr 1555 ein Wappen verliehen, die Neuverleihung (mit Fahne) fand am 3. Dezember 1973 statt.<sup>49</sup>

## 8. Tarvis (heute Tarvisio)

Wie erwähnt, erfolgte die Stadterhebung von Tarvis 1909 aus Anlass des 100jährigen Jubiläums der Franzosenzeit im Kanaltal<sup>50</sup>. Kaiser Franz Joseph erhob die Marktgemeinde Tarvis am 5. September 1909 zur Stadt.<sup>51</sup> Wurde in der Begründung für die Stadterhebung entsprechend den damaligen politischen Verhältnissen u. a. die Treue von Tarvis zu „Kaiser und Reich“ hervorgehoben, so betonte der Berichterstatter im Landtag 1930 die republikanisch-österreichische und demokratische Gesinnung der Bevölkerung, etwa am Beispiel Ferlachs.

Der Vorgang der Stadterhebung in seiner Gesamtheit lässt sich auf Grund verschiedener Verzögerungen in die Zeit zwischen dem 15. Juli 1909 und dem 6. Februar 1910 (!) datieren. Dem Ansuchen der Marktgemeinde am 15. Juli folgte der Aktenlauf über die Bezirkshauptmannschaft Villach, den Landesausschuss und das Ministerium des Innern in Wien. In den Begründungen und Befürwortungen für die Stadterhebung werden folgende Punkte genannt: die verkehrsgeographische Lage von Tarvis am wichtigen Handelsweg nach Italien, die bereits jetzt städtische Verwaltung des Marktes, die städtische Lebensform der zahlreichen Bevölkerung, die bauliche Erscheinungsform des Ortes, seine Bedeutung im Bergbau (Raibl), in der Landwirtschaft, in Handel, Gewerbe und Industrie, aber auch im Fremdenverkehr. Es gebe zahlreiche Vereine, Wohlfahrtseinrichtungen und kulturelle Kennzeichen, die eine Stadterhebung rechtfertigen würden. Nicht zuletzt wurde auch auf den Patriotismus der Tarviser hingewiesen, der in der Stationierung eines Feldjägerbataillons und in Kasernen und Baracken seinen Ausdruck finde. Auch habe sich die Bevölkerung schon in den venezianischen Kriegen des Herrscherhauses bewährt. Interessant ist auch, dass seitens der Marktgemeinde die Absicht bestand, die Stadterhebungsfeier mit der für den 18. September geplanten 100-Jahrfeier der „heldenmütigen Verteidigung des Kanaltales verbinden zu können“.

Tarvis sei weiters Sitz bedeutender Ämter und Behörden wie eines Bezirksgerichtes, eines Steueramtes, einer Forst- und Domänenverwaltung, zweier Post- und Telegrafenamter, einer Garnison usw. Der Antrag wurde auch damit begründet, dass Tarvis größer sei als manche andere Städte in Kärnten; genannt wurden St. Andrä, St. Leonhard, Bleiburg, Straßburg, Friesach und Gmünd.

Am 6. August 1909 erhielt der Landesausschuss die Begründung der Marktgemeinde Tarvis übermittelt, der weitere Aktenlauf führte zur Stadterhebung am 5. September. Da die Ausfertigung und Überreichung der Stadterhebungsurkunde sowie des Stadtwappens an eine Gebühr von 330 Kronen geknüpft war, verzögerte sich die Angelegenheit bis zum 5. November, an welchem Tag die Bezirkshauptmannschaft Villach die Überweisung des Betrages bestätigte. Als Verzögerungsgrund wurde die Anfertigung der Farbskizze für das Stadtwappen angeführt. Dazwischen hielt der Stadtgemeindevorstand am 23. Oktober seine erste außerordentliche Sitzung ab, in der die Tatsache der Stadterhebung mitgeteilt wurde. Die lange Frist von über sechs Wochen vom Datum der Stadterhebung mutet etwas seltsam an; trotzdem sandte die Stadtgemeinde eine Dankes- und Ergebnisadresse an den Kaiser. Schließlich wurde das Diplom für Tarvis vom Innenministerium erst am 25. Jänner 1910 dem Kärnt-

ner Landespräsidenten übermittelt; am 6. Februar bestätigte der Tarviser Bürgermeister Dreyhorst den Erhalt der Stadterhebungsurkunde. Zum Zeichen der nachbarschaftlichen Verbundenheit und in Erinnerung an alte historische Zusammenhänge überreichte Landeshauptmann Gerhard Dörfler am 16. September 2009 dem Tarviser Bürgermeister Renato Carlantoni zum 100-Jahr-Jubiläum eine Kopie der seinerzeitigen Stadterhebungsurkunde.<sup>52</sup>

Als Bischof Anton von Bamberg Tarvis am 18. März 1456 ein Jahrmaktprivileg sowie die Selbstverwaltung mit einem Richter etc. verlieh, gewährte er dem Ort auch die Führung eines Wappens, das leider nur als Blasonierung ohne bildliche Darstellung überliefert ist.<sup>53</sup> Jedoch ist das Tarviser Wappen aus späterer Zeit bildlich überliefert; es stellte zu seiner Zeit das älteste Kärntner „Gemeindewappen“ dar.

## Zusammenfassung

Den acht Stadterhebungen in Kärnten im 20. Jahrhundert lagen größtenteils einstimmige Beschlüsse der Gemeindevertretungen zugrunde. Die Stadterhebungen lösten bei der betroffenen Bevölkerung nahezu ausnahmslos große Freude aus. Wenn Bedenken aufkamen, so waren diese wirtschaftlicher Natur, entsprungen der Sorge wegen etwaiger zusätzlicher finanzieller Belastungen. Angesichts der Weltwirtschaftskrise waren diese Bedenken nur zu verständlich. Die Initialzündung für die Anträge gab ein Erlass der Kärntner Landesregierung vom 22. Mai 1930, worauf die Diskussionen in den Gemeindestuben in Fahrt kamen und in den folgenden Monaten von Juni bis August zu den entsprechenden Beschlüssen und Anträgen führten. Die gesetzlichen Grundlagen hiezu hatte der Kärntner Landtag schon Ende 1926 geschaffen. Die Antragsteller führten überwiegend ähnliche Kriterien als Begründung für die erbetenen Stadterhebungen an (Bevölkerungswachstum, Sitz von Ämtern und Behörden, städtisches Erscheinungsbild, wirtschaftliche und kulturelle sowie verkehrsgeographische Argumente usw.). Lediglich bei den zwei in den Abstimmungszonen A und B gelegenen Städten Ferlach und St. Ruprecht kam im Kärntner Landtag das Argument der jugoslawischen Besetzung stärker zum Tragen. Bei den übrigen Antragstellern fanden diese Argumente trotz der einschlägigen Beratungen in den Gemeindestuben im Landtag keinen Niederschlag. Im Übrigen ist erwiesen, dass alle fünf 1930 zu Städten erhobenen Gemeinden entweder direkt oder indirekt Betroffene der Ereignisse von 1918–1920 waren. Ihre Auswahl könnte auch als landespolitische Klammer in dem Sinn aufzufassen sein, dass die 1920 durch eine Abtretung an Jugoslawien gefährdeten Gebiete der Abstimmungszonen A und B (Ferlach und St. Ruprecht bei Klagenfurt) nunmehr wieder mit dem restlichen Kärnten vereinigt wurden und verbunden blieben. Dies trug gewiss zur Stärkung des gemeinsamen Landesbewusstseins und zum Bekenntnis zur jungen Republik Österreich wesentlich bei. Dagegen scheinen bei der Auswahl der neuen Städte parteipolitische Überlegungen – berücksichtigt man die unterschiedlichen Haltungen einzelner Parteien zu den Stadterhebungen – keine große Rolle gespielt zu haben.

Alles in allem kann abschließend gesagt werden, dass, betrachtet man die genannten Städte heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, die Stadterhebungen eine richtige politische Entscheidung waren, zumal sie den betroffenen Städten geholfen haben, sich zu modernen Gemeinden zu entwickeln.

<sup>1</sup> LGBl Nr. 23/1927, § 2.

<sup>2</sup> Wilhelm WADL/Alfred OGRIS, Das Jahr 1938 und seine Vorgeschichte. Ereignisse – Dokumente – Bilder (= Das Kärntner Landesarchiv 15, Klagenfurt <sup>2</sup>1997), 275, Abb. 247: Groß-Klagenfurt ist nun Wirklichkeit.

<sup>3</sup> Karlheinz ZECHNER, Die Rechte der Kärntner Städte im Mittelalter und ihr Zusammenhang mit den Stadtrechten außerhalb Kärntens (Würzburg 1938); Alfred OGRIS, Die Bürgerschaft in den mittelalterlichen Städten Kärntens bis zum Jahre 1335 (= Das Kärntner Landesarchiv 4, Klagenfurt 1974); Wilhelm NEUMANN, Landesfürst, Stadtherren und Städte Kärntens im 14. Jahrhundert. In: Stadt und Stadther im 14. Jahrhundert. Entwicklungen und Funktionen, hg. von Wilhelm RAUSCH (= Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 2, Linz 1972), 325ff.; DERS., Kärntens Städte am Ausgang des Mittelalters. In: Die Stadt am Ausgang des Mittelalters, hg. von Wilhelm RAUSCH (= Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas 3, Linz 1974), 131ff. [Nachdruck in: Wilhelm Neumann, Bausteine zur Geschichte Kärntens (= Das Kärntner Landesarchiv 12, Klagenfurt <sup>2</sup>1994), 303ff. und 326ff.].

<sup>4</sup> Als Quelle dienen die einzelnen Volkszählungsrepertorien: Spezialortsrepertorium der österreichischen Länder, Volkszählung 1910, hg. von der Statistischen Zentralkommission (Wien 1918), 61; Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Statistik des Bundesstaates Österreich, Heft 8, hg. vom Bundesamt für Statistik (Wien 1935), 2 und 4; Ortsverzeichnis 1991 Kärnten. Beiträge zur österreichischen Statistik, Heft 1080/2, hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (Wien 1993), 126; Örtliches Entwicklungskonzept der Marktgemeinde Radenthein (1995), 8.

<sup>5</sup> Über Althofen und Radenthein, die vorläufig letzten Stadterhebungen, wird hier nur kurz berichtet, weil das entsprechende Archivmaterial noch nicht kompakt archivmäßig erfasst ist und sich noch in den jeweiligen Kanzleiregistaturen der beiden Städte bzw. in den zuständigen Abteilungen des Amtes der Kärntner Landesregierung befindet.

<sup>6</sup> Kärntner Landesarchiv (= KLA), Exhibiten Zl. 38/93.

<sup>7</sup> Das Gutachten wurde von Dr. Wilhelm Wadl verfasst.

<sup>8</sup> Wilhelm DEUER, Die Kärntner Gemeindewappen (Klagenfurt 2006), 46f.

<sup>9</sup> LGBl für Kärnten, Jg. 1993, Nr. 96, hg. am 27. Aug. 1993. – Aus Anlass der Stadterhebungsfeier ist auch eine eigene kleine Festschrift erschienen. Siehe dazu: Sabine Elisabeth GOLLMANN, Althofen. Ein Markt wird zur Stadt (Althofen 1993).

<sup>10</sup> Verhandlungsschriften des Kärntner Landtages, 14. Gesetzgebungsperiode vom 21. Mai 1927 bis 12. Dezember 1930, Bd. 2, 2337ff., bes. 2338. – Zur historischen Bedeutung siehe auch Brigitte BADER, Feldkirchen in Kärnten. Seine Geschichte im 19. Jahrhundert (Villach 1981).

<sup>11</sup> Näheres bei Wilhelm WADL, Die verfälschte Arnulfurkunde vom 26. Dezember 888 und die Frühgeschichte der Stadt Feldkirchen. In: Carinthia I (1988), 55ff.; DERS., Der Amthof in Feldkirchen. In: Carinthia I (1998), 321ff.

<sup>12</sup> Museumsarchiv Feldkirchen, Kundmachungen über die GR-Wahl, Nr. M 2755, Sign. F 03.03.

<sup>13</sup> Ich danke Herrn Dr. Hans Neuhold für seine tatkräftige Mithilfe bei der Suche im Stadtarchiv Feldkirchen und im dortigen Museumsarchiv.

<sup>14</sup> Zum Thema Abwehrkampf und Volksabstimmung nach wie vor grundlegend Martin WUTTE, Kärntens Freiheitskampf 1918–1920 (= Archiv für vaterländische Geschichte und Topographie 69, Klagenfurt 1985, Verbesserter Neudruck der zweiten und vermehrten Auflage von 1943).

<sup>15</sup> Feldkirchen in Kärnten. Festaussgabe zum fünfzigjährigen Jubiläum der Stadt Feldkirchen, hg. von einem Mitarbeiterkreis, Gesamtleitung Wolfgang PUTZINGER (Feldkirchen 1980), 71ff.

<sup>16</sup> Stadtarchiv Feldkirchen, Stadtamtsdirektion, Geschäftsprotokoll 1930, Zl. 1361.

<sup>17</sup> Zl. 39.296 - X/30.

<sup>18</sup> Orts-Chronik (von Feldkirchen), angelegt von Fritz Köstenbauer (vor 1953), fortgesetzt von David Schusser (ab 1956).

<sup>19</sup> Museumsarchiv Feldkirchen, MA 2936, Sign. F O2.11: Protokoll über die Festsitzung anlässlich der Erhebung des Marktes Feldkirchen zur Stadt.

<sup>20</sup> KLA, Freie Stimmen vom 19. Nov. 1930, 4; Kärntner Tagblatt vom 19. Nov. 1930, 6. – Schon am Vortag war als Auftakt in den Freien Stimmen ein Beitrag über die Geschichte Feldkirchens erschienen (Freie Stimmen vom 18. Nov. 1930, 6).

<sup>21</sup> DEUER (wie Anm. 8), 90f.

<sup>22</sup> 750 Jahre Ferlach (1246–1996), Sonderdruck aus Carinthia I 1996, hg. von Alfred OGRIS (Klagenfurt 1996).

<sup>23</sup> Alfred OGRIS, Streiflichter aus der Geschichte Ferlachs bis zum 10. Oktober 1920. In: Die Brücke 12, Jg. 6, Herbst 1980 (Klagenfurt 1980), 37ff.

<sup>24</sup> Thomas ZELOTH, 100 Jahre Kärntnerische Eisen- und Stahlwerks-Gesellschaft (KESTAG). 500 Jahre Eisenverarbeitung im Raum Ferlach (Klagenfurt 2006).

<sup>25</sup> Verhandlungsschriften des Kärntner Landtages (wie Anm. 10), 2338.

<sup>26</sup> Stadtarchiv Ferlach, Gemeinderatsprotokolle 1930, Verhandlungsschrift vom 19. Aug. 1930. – Ich danke Herrn Vizebürgermeister a. D. Dipl.-Ing. Franz Primik für die Unterstützung bei den Recherchen.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> DEUER (wie Anm. 8), 92f.

<sup>29</sup> Alfred OGRIS, Zur Stadterhebung von Hermagor im Jahr 1930. In: Stadtgemeinde Hermagor–Pressegger See. Geschichte – Kultur – Natur, hg. von Heidi ROGY (= Aus Forschung und Kunst 38, Klagenfurt 2010), 11–16.

<sup>30</sup> DEUER (wie Anm. 8), 136f.

<sup>31</sup> Verhandlungsschriften des Kärntner Landtages (wie Anm. 10), 2340f.

<sup>32</sup> Die Entwicklung von den Anfängen bis 1990 wird in einer zweiteiligen Chronik unter dem Titel „Radenthein“, bearbeitet von Franz TÜRK, Wolfgang KURY und Othmar SCHMÖLZER (Klagenfurt 1996), geschildert.

<sup>33</sup> KLA, Exhibiten 9/95; Zl. Verf-1670/1/1994. – Das Gutachten wurde von Dr. Wilhelm Deuer verfasst. Das Folgende stützt sich im Wesentlichen auf dieses Gutachten.

<sup>34</sup> LGBl für Kärnten, Jg. 1995, Nr. 91, hg. am 9. Okt. 1995.

<sup>35</sup> DEUER (wie Anm. 8), 222f.

<sup>36</sup> Verhandlungsschriften des Kärntner Landtages (wie Anm. 10), 2339.

<sup>37</sup> Johann STERMETZ, St. Ruprecht und die St. Ruprechter Straße (Klagenfurt 2006), 50, lokalisiert das Geburtshaus Musils richtiger Weise in St. Ruprecht.

<sup>38</sup> KLA, Stadtarchiv Klagenfurt II, Gemeinderatsprotokolle St. Ruprecht 1930, Bd. 4.

<sup>39</sup> KLA, Freie Stimmen vom 17. Okt. 1930, 4.

<sup>40</sup> DEUER (wie Anm. 8), 332. Siehe auch Stermetz (wie Anm. 37), 7f.

<sup>41</sup> Stadtarchiv Spittal an der Drau, Protokolle der Gemeinderatssitzungen 1927, Sitzung vom 21. Feb. 1927. – Ich danke den Herren Dr. Hartmut Prasch und Mag. Christoph Stückler für die Erlaubnis zur Benützung des Stadtarchivs sowie für die gewährte Hilfestellung. – Siehe auch: Spittal an der Drau. Eine Chronik, erzählt von Franz TÜRK, hg. von der Stadtgemeinde Spittal und ihrem Kulturring, Klagenfurt (Wien 1959), 306ff.

<sup>42</sup> Stadtarchiv Spittal, Protokolle der Gemeinderatssitzungen 1930, Sitzung vom 23. Mai 1930.

<sup>43</sup> Der Bürgermeister nannte irrtümlich das Jahr 1921.

<sup>44</sup> Genaueres bei Alfred OGRIS, Spittal an der Drau als zeitweiliger Sitz der Kärntner Landesregierung und der provisorischen Landesversammlung im Jahre 1919. In: Carinthia I (1995), 561ff. Die Landesregierung blieb vom 29./30. Mai bis 13. Aug. 1919 in Spittal.

<sup>45</sup> 800 Jahre Spittal (1911–1991), geleitet von Hartmut PRASCH et alii, hg. von der Stadtgemeinde Spittal an der Drau (Klagenfurt–Spittal an der Drau 1991), 598.

<sup>46</sup> Stadtarchiv Spittal, Protokolle der Gemeinderatssitzungen 1930, Sitzung vom 23. Mai 1930.

<sup>47</sup> Verhandlungsschriften des Kärntner Landtages (wie Anm. 10), 2339.

<sup>48</sup> KLA, Freie Stimmen vom 15. Okt. 1930, 5.

---

<sup>49</sup> DEUER (wie Anm. 8), 266f.

<sup>50</sup> Zum Kanaltal siehe zuletzt Martin WUTTE et alii, Das Kanaltal – La Valcanale (= Archiv für vaterländische Geschichte und Topographie 97, Klagenfurt 2009), 87f.

<sup>51</sup> KLA, Präsidium der k. k. Landesregierung in Kärnten, Zl. 17-1/3097 aus 1909. Alles Weitere wird aus diesem Akt zitiert.

<sup>52</sup> [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at) Homepage der Kärntner Landesregierung vom 17. Sept. 2009.

<sup>53</sup> DEUER (wie Anm. 8), 342.